



ESTABLISHMENT: EUROPÄISCHER ZENTRALSTAAT MUSS HER

Im Eilmarsch auf dem Weg zur EUdSSR

Ist es Ihnen eigentlich schon mal aufgefallen? Von in- und ausländischen Politikern der Systemparteien und den Mainstream-Medien ist ständig zu hören, wie wichtig es für Europa sei, dass in Deutschland endlich eine „handlungsfähige Regierung“ zustande kommt.

Ein Beispiel von vielen ist der bulgarische Ministerpräsident [Boyko Borisov, der sagte](#): „Wir alle warten ungeduldig auf die Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten. Denn wir erwarten, dass Deutschland bald eine Regierung hat. Denn Deutschland ist der Motor Europas, und es ist im Sinne aller, dass dort so schnell wie möglich eine Regierung gebildet wird.“

Es geht also bei der Regierungsbildung um Europa, nicht um Deutschland. Der immense Druck, der nicht zuletzt auch von hochrangigen Politikern der anderen EU Staaten und der „Zentrale“ in Brüssel kommt, hat seinen Grund. Auf der Agenda für die kommenden Jahre steht die Umbildung Europas in ein zentralistisches Gebilde, in dem die Nationalstaaten immer mehr an Bedeutung verlieren. Diese Entwicklung gilt es, mit aller Macht zu forcieren und unumkehrbar zu machen.

Die Interessen des deutschen Staatsvolkes sind dabei nicht von Bedeutung. Der europäische Zentralstaat muss her, um jeden Preis und so schnell wie möglich. Deshalb will das Triumvirat der Loser die Koalitionsverhandlungen nun bis kommenden Freitag durchpeitschen.

Wer hat ein Interesse an einer EUdSSR? Die Bevölkerungsmehrheit in den EU Ländern sicherlich nicht. Wohlgemerkt, wir sprechen hier nicht über ein Europa der Vaterländer, wir sprechen über einen Zentralstaat, in dem die einzelnen Nationen nichts mehr zu melden haben und in Brüssel alles dafür getan wird, dass die ethnischen Besonderheiten und kulturellen Unterschiede und das Nationalgefühl der verschiedenen europäischen Völker nach und nach verschwinden.

Um die Frage zu beantworten, wer hinter diesen Bestrebungen steckt, müssen wir in den Oktober 2016 zurückblicken. Damals schaffte es ein [popliges Regionalparlament in Belgien](#), das CETA-Abkommen, das künftig den Handel der EU mit Kanada regeln sollte, zu blockieren.

Handelshindernisse auf nationaler oder sogar lokaler Ebene, egal ob sie den Finanzmarkt oder die Realwirtschaft betreffen, sind für die global agierenden Konzerne, die Rüstungsindustrie und die Hochfinanz so erwünscht wie Zahnweh. Nur in einer globalisierten Welt ohne einzelstaatliche Strukturen, ohne Grenzen und Restriktionen lassen sich obszöne Summen verdienen.

Wie sagte doch Horst Seehofer einst so freimütig in einem [Anfall von Wahrheitsliebe](#): „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt sind, haben nichts zu entscheiden.“

Mehr muss man eigentlich nicht wissen, um sich darüber klar zu sein, von wem die Spitzenpolitiker ihre „Anregungen“ bekommen: Die Groß- und Rüstungsindustrie, obszön reiche Ideologen wie George Soros und nicht zuletzt auch die UN.

Der nächste Punkt ist, dass die politische Konstellation auf dem europäischen Kontinent für eine Zentralisierung mit der Brechstange noch nie so günstig war, wie jetzt: Der ehemalige Investmentbanker Emanuel Macron in Frankreich hat schon die [fertigen Pläne](#) in der Schublade. Darin finden sich nicht nur die Eurobonds, sondern auch eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, [eine EU-Steuer](#), eine [EU-Eingreiftruppe](#) und eine gemeinsame Einlagensicherung der Banken. Und dann ist da noch die Idee von einem europäischen Finanzminister, der mit einem eigenen Budget Geld verteilt und ein eigenes Euro-Parlament zur Seite gestellt bekommt.

Ein weiterer Akteur in diesem Spiel ist Martin Schulz, der durch das Laben an den Honigtöpfen Brüssels zum überzeugten Europäer wurde und nicht zuletzt [dank Berlusconi](#) anschließend die Karriereleiter bis zum Präsidenten des EU-Parlaments hinauffiel. Eben dieser Martin Schulz will uns nun weismachen, dass ihn der Bundespräsident, sein Parteifreund Frank-Walter Steinmeier, mit der Erinnerung an die staatspolitische Verantwortung der SPD zum Umdenken gebracht hat, was die Bildung einer GroKo betrifft.

Nein, der Bundespräsident war sicher nicht derjenige, der Schulz umgestimmt hat. Der war nur die Ausrede. Schulz brauchte nicht überzeugt zu werden. Er weiß genau, dass seine einzige Option, noch eine Weile den großen Maxe spielen zu können und Geld abzugreifen, ein Ministeramt in einer GroKo ist. Denn als Parteivorsitzender hat er seine Halbwertszeit bereits überschritten und anschließend wird er, entzaubert als der substanzlose Blender, der er ist, in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Wen haben wir dann noch im Team? Ach ja, Horst Seehofer, der in einer ähnlichen Lage ist wie Schulz und Angela Merkel, die zur Genüge bewiesen hat, dass ihr das Wohl derer „die schon länger hier leben“, völlig am ... vorbeigeht. In Brüssel ist dann noch Jean-Claude Juncker, der trinkfreudige Meister [hinterfotziger Taktiken](#), die er – in vino veritas – auch noch

ausplaudert. Als Präsident der Europäischen Kommission mischt er kräftig mit. Wahrlich, wahrlich, so ein Dream-Team für den Umbau Europas zum Zentralstaat mit diktatorischen Tendenzen bekommen die Globalisten kein zweites Mal.

Ihre einzige und überaus berechtigte Sorge ist, dass ihnen für ihr Projekt nur etwa vier Jahre bleiben. Nach den nächsten Wahlen in Frankreich und Deutschland ist das Dream-Team weg vom Fenster, denn bis dahin haben wir Verhältnisse, die es selbst den manipulativsten Medien unmöglich machen werden, die garstige Realität zu vertuschen.

In Deutschland werden die AfD-Wahlhelfer aus den Maghreb-Staaten, Syrien, dem Irak, Afghanistan und den failed states von Schwarzafrika bienenfleißig dafür sorgen, dass diese junge Partei 2021 in der nächsten Koalition mitregiert.

Und Macron? Der wird am Ende seiner ersten Amtszeit als der selbe Blender wie Schulz entzaubert sein und Marine Le Pen Platz machen müssen, weil in Frankreich bis dahin endgültig die Hölle los ist.

Aus diesen Gründen müssen die etablierten Politiker in den kommenden vier Jahren Fakten schaffen, die die Entwicklung zum Zentralstaat für die kommenden Regierungen unumkehrbar machen. Ein solches Faktum haben wir schon: Das Target2-Verrechnungssystem im Handel der Euro-Staaten untereinander. Der Ausstieg eines der Mitglieder mit höherem Saldo (seien es ein Guthaben oder Verbindlichkeiten) würde unüberschaubare Konsequenzen haben. Mehr dazu können Sie [hier](#) und [hier](#) nachlesen.

Noch ein paar solcher Tricks wie Target2 und die Entwicklung zur Brüsseler Diktatur lässt sich wirklich nur noch mit großen Verwerfungen, die viele einfache Bürger ins Unglück stürzen würden, rückgängig machen. Genau das ist das Ziel und deshalb schreit das ganze Establishment so eindringlich nach der GroKo. (hsg)